

Andreas Stach

Fraktionssprecher Bündnis 90 / Die Grünen

## **Rede zum Haushalt 2022 anlässlich der Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 07.02.2022**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wenn man einmal einen historischen Sprung zurück in die Anfangszeit der letzten Wahlperiode des Rates der Stadt Lüdenscheid wagt, zum Beispiel in das Jahr 2016, so erscheinen die damaligen Hauptprobleme im kommunalen Bereich (im wesentlichen IHK-Altstadt, Flüchtlingskrise und Haushaltssicherungskonzept) aus der Rückschau tatsächlich als vergleichsweise harmlos.

Heute ist die Lage ernster:

- die Coronawelle
- die Sperrung der A 45
- der Klimawandel

sind die neuen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen!

Sie haben die Gemeinsamkeit, dass es keine einfachen, schnell wirksame und erfolgversprechende Patentlösungen gibt. In allen Fällen sind wir auf Hilfen von Bund und Land angewiesen.

Die Coronapandemie stellt seit zwei Jahren die gesellschaftlichen Strukturen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf eine ernsthafte Probe.

Sichtbar wird dies bei den sogenannten Montagssparziergängen.

Ich bin stolz in einem freiheitlichen demokratischen Staat zu leben, in dem man demonstrieren und seine Meinung ohne Angst vor Repressalien äußern kann. Unser Respekt gilt den Lüdenscheider Bürgerinnen und Bürgern, die bei der Gegendemonstration am 10.01.22 gezeigt haben, dass es eine deutliche Mehrheit gibt,

die nicht bereit ist, den „Spaziergängern“ zu folgen. Bundespräsident Walter Steinmeier hat sich am 19.01.22 dazu klar geäußert:

*„Wenn sogenannte 'Spaziergänger' von einer 'Corona-Diktatur' schwurbeln, dann steckt darin nicht nur Verachtung für staatliche Institutionen. Sondern das beleidigt uns alle! Denn wir alle sind diese Demokratie! Wir alle ringen darum, das Richtige zu tun in dieser zermürbenden Pandemie.“*

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,  
mit der Sperrung der Rahmedetalbrücke ist eine weitere überaus schwerwiegende Herausforderung hinzugekommen.

Uns ist durch die Sperrung seit Dezember letzten Jahres schmerzlich bewusst geworden, wie abhängig wir von dieser Autobahn sind. Sie hat uns im Mark getroffen. Auf einmal sehen wir, wie verletzlich wir sind. Die Folgen für die lokale Wirtschaft und die Einwohner sind noch völlig unklar.

Die Stadt Lüdenscheid hat objektiv keine Möglichkeit, die bevorstehenden Belastungen aus eigener Kraft zu stemmen. Die finanziellen Ressourcen reichen dafür bei weitem nicht aus. Ein Neubau wird frühestens in fünf Jahren zur Verfügung stehen und das erhöhte Verkehrsaufkommen wird binnen dieser Frist nicht abnehmen. Mit diesen Tatsachen müssen wir uns wohl oder übel abfinden. Wir sind unabweisbar auf die Hilfe von Bund und Land angewiesen. Unsicher ist aber, ob und in welchem Umfang den Betroffenen und / oder der Stadt in dieser Krise Hilfe von Bund und Land zufließen kann.

Dementsprechend sollten wir die Bürgerinnen und Bürger nicht in dem Glauben lassen, die Lokalpolitik könnte ganz allein die Folgen der Sperrung ungeschehen machen.

Insbesondere sollte daher auch im Auge behalten werden, wie Lüdenscheid nach Ende der Bauarbeiten, also mit Sicherheit nicht mehr in dieser Wahlperiode wieder auf die Füße kommen kann.

Unsere Fraktion wird diesen Prozess verantwortlich begleiten.

Wir sind der Überzeugung, dass diese Einstellung auch bei den Partnern der Lüdenscheider Ampel-Kooperation zu finden ist.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,  
ich komme jetzt zu einem viel wichtigeren und existentiellerem Thema, dem Klimawandel.

Zwar ist die Sperrung der A 45 zurzeit in aller Munde und beherrscht die Diskussion in unserer Stadt. Wir dürfen aber nicht den Blick davor verschließen, dass wir vor einer viel größeren Herausforderung stehen und es bitter bereuen werden, wenn wir nicht handeln. Die Sperrung der Rahmedetalbrücke ist eine Blaupause dafür, was passiert, wenn notwendige Maßnahmen nicht in Angriff genommen werden. Es war in diesem Fall seit vielen Jahren bekannt, dass die Brücke saniert werden muss. Passiert ist – nichts! Als Folge musste „nur“ die Sperrung erfolgen.

Wenn wir auch in Sachen Klimawandel Entscheidungen weiter hinauszögern oder - noch schlimmer - nicht tätig werden, werden die Folgen viel verheerender sein!

Das umfassende Verlust von Waldbeständen in unserer Region und das Starkregenereignis des letzten Jahres haben bereits gezeigt, was uns droht, wenn wir nicht handeln. Der Klimawandel findet auch vor unserer Haustür statt. Noch bevor die Eindämmung des CO<sup>2</sup> Ausstoßes überhaupt richtig Fahrt aufgenommen hat, werden wir bereits mit den ersten Folgen konfrontiert.

Uns ist bewusst: Das alles wird viel Geld kosten. Aber es wird sich am Ende auszahlen, wenn auch vielleicht erst in der nächsten und übernächsten Generation. Klimaschutz ist teuer. Aber wenn wir auf Zeit spielen, dann haben wir nichts gewonnen. Im Gegenteil, durch ein solches Verhalten wird der Wohlstand vernichtet werden.

Ich bin daher froh, dass wir heute mehrheitlich den „Investitionsplan Klimaneutralität“ im Rat verabschieden werden.

Um den Investitionsplan zu realisieren, fordern wir daher eine zügige Umsetzung der Verwaltungsreform, insbesondere die Umwandlung des Fachdienst Umweltschutz und Freiraum (67) als ein eigenständiger Fachbereich 6.

Herr Bürgermeister Wagemeyer, sie können beim Umbau auf unsere volle Unterstützung zählen!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Haushalt wies nach Vorstellung im November 2021 auf einen guten Weg hin: Zu mehr selbstständiger kommunaler Handlungsfähigkeit.

Der Kämmerer sprach von einer „vergleichsweise gute Ausgangslage, die der Haushaltsplanentwurf 2022 liefert und die es gilt in den kommenden Wochen zu erhalten.“

Leider werden wir nun mit zusätzlichen Unsicherheiten leben müssen und sollten uns daher allesamt mit vollmundigen Versprechungen zurückhalten. Dass eine Zeit der Sicherheit und Verlässlichkeit zurückkommt, scheint ohne die Hilfe von Land und Bund wenig wahrscheinlich. Der mögliche finanzielle Spielraum, sofern er sich denn tatsächlich realisiert, muss wohl oder übel größtenteils zur Krisenbewältigung eingesetzt werden.

Dennoch sollten wir nicht ängstlich und verzagt jegliche Initiative einstellen, sondern im bescheidenen Rahmen, Entwürfe und Ideen für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt weiterverfolgen. Dass es funktioniert, haben wir z. B. durch die Verringerung der Elternbeiträge im Bereich der Kindertagespflege, Kitas und OGS bewiesen.

Stillstand und eine Strategie des Abwartens wären als allgemeine Handlungsempfehlung an die Politik angesichts der beschleunigten Veränderungen auf allen Ebenen, insbesondere beim Klimawandel, der völlig falscher Weg.

Angemessene Veränderungen und neue Ansätze sind in dem vorliegenden Haushalt bereits zu finden. Dieser Weg muss weiter beschritten werden.

Populistische Haltungen der CDU, wie bei der zeitlichen Verlegung der Gemeinschaftsgrundschule Lösenbach und Klassenkampfpapieren wie bei einigen Anträgen der Linken sind wenig hilfreich.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ich möchte am Ende Lee Iacocca, einen amerikanischen Manager zitieren:

*„Wenn harte Zeiten kommen, bleibt uns keine andere Wahl, als tief durchzuatmen, weiterzumachen und unser Bestes zu tun.“*

In diesem Sinne: Schauen wir nach vorne und packen wir's an!

Wir stimmen dem Haushalt zu!

Bleiben /Werden sie gesund!